

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1927**

239 (28.11.1927)

Er scheint täglich  
mit Ausnahme der Feiertage.  
Bezugs-Preis:  
Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger und unsere Aus-  
träger frei ins Haus  
monatlich Goldmark 1.20  
Der Bezugspreis ist im Voraus  
zu entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Liefer-  
ung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises.  
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr  
Sonntags geschlossen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 465  
Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6903

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung  
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung d. Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt  
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:  
Anzeigen: Die 33 mm breite  
Millimeter-Zeile 6 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite  
Millimeter-Zeile 20 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und  
Zertitel ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifreter  
Rabatt, der bei Nichtzahlung  
innerhalb 8 Tagen nach Rech-  
nungsdatum oder bei gerichtlicher  
Verurteilung erlischt.  
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen  
müssen am Tage vorher an-  
gegeben werden.

Bank-Konto:  
Verrechnungsbank Sinsheim  
c. G. m. b. H.

Nr. 239.

Montag, den 28. November 1927.

88. Jahrgang

## Wolkenbruchkatastrophe über Algerien.

Viele hundert Tote. — Großer Sachschaden.

Paris, 27. Nov. Die durch vierzig Stunden andauernden Regengüsse, welche seit Freitag nacht über Algerien hereingebrochen sind, haben katastrophale Ueberschwemmungen zur Folge gehabt. In Mostaganem ist der kleine Fluß Ain Seffa demmaßen angeschwollen, daß er aus den Ufern getreten ist und ein ganzes Stadtviertel überflutete. Das Gerichtsgebäude, die Markthalle und viele Privathäuser sind eingestürzt. Gerüchten zufolge seien 300 Menschen darunter viele Europäer, ums Leben gekommen. Die Ueberschwemmung scheint umso schlimmere Folgen gehabt zu haben, als sie mitten in der Nacht erfolgte. Bei Ferregaux ist gestern nachmittag der Damm einer Talsperre, welche gegen 3 Millionen Kubikmeter Wasser enthielt, gebrochen. Die Bevölkerung der

Stadt war glücklicherweise rechtzeitig evakuiert worden, so daß dort keine Opfer zu verzeichnen sind. Das Wasser steht gegenwärtig drei Meter hoch; infolgedessen ist vorläufig noch nicht bekannt, wie viele Menschenleben die Fluten in der Umgebung des Ortes gefordert haben. Auf der Eisenbahnstrecke von Tenez nach Orleanville wurden vier eiserne Brücken, eine Fabrik, zwei Bauernhäuser, Schienen, Bäume und Tiere von den Wassermassen fortgerissen und der Bahnhof von Fern überflutet. In dieser Gegend wird die Zahl der Ertrunkenen auf 40 g. schätzt. Die telephonischen und telegraphischen Verbindungen sind überall unterbrochen, so daß vorläufig keine Uebersicht über das Ausmaß der Katastrophe möglich ist. Die Entsendung von Flugzeugen ist mit Rücksicht auf den Zustand des Terrains ebenfalls ausgeschlossen.

## Nöte und Aufgaben der Landwirtschaft.

Eine Rede des Reichsernährungsministers.

Kiel, 26. Nov. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, sprach heute vor dem landwirtschaftlichen Ausschuss im Rahmen des Kieler Parteitages der Deutschnationalen Volkspartei und führte dabei unter anderem aus:

Die Nöte und Aufgaben der Landwirtschaft sind nicht Sorgen eines einzelnen Berufsstandes, sondern des ganzen Volkes. Sie gehören zu den brennendsten Sorgen unserer Nationalwirtschaft, sind doch in der Landwirtschaft 30,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Deutschlands beschäftigt gegen 41,4 Proz. in der Industrie. Unverhältnismäßig größer noch stellt sich der Wertanteil der Landwirtschaft an der deutschen Gesamtproduktion; er hält dem Werte der Industrieerzeugung die Wage. Auf dieser gewaltigen Agrarproduktion im eigenen Nachbereich beruht über vier Fünftel der deutschen industriellen Produktion. Alle landwirtschaftlichen Nöte entstammen im letzten Grunde einer Quelle: der mangelnden Rentabilität. Das Landvolk glaubt, nachdem seine Kräfte erschöpft sind, beruhigt zu sein, die Reserven des Ganzen aufzurufen. Nichts läßt deutlicher den Ernst der Lage erkennen, als die auf rein wissenschaftlicher Basis entstandenen Ergebnisse des Enquete-Ausschusses. Das Gesamtergebnis der Nachkriegsjahre kommt, gemessen an der Vorkriegszeit, durchschnittlich über 80 Prozent nicht hinaus. Aber: daß ungefähr die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe in den vergangenen Jahren als Verlustbetriebe gewirtschaftet haben, beruht gleichzeitig auf der Steigerung der finanziellen Belastung, der sozialen Abgaben, auf dem Kapitalmangel und den hieraus sich ergebenden überhöhen Zinsfüßen und auf der schwachen Marktposition der deutschen Landwirtschaft infolge des Druckes der riesigen Nahrungsmittelimporte. Noch heute steht der Index für Agrarprodukte auf etwa 135 Prozent, während der Index für industrielle Fertigwaren erheblich über 150 Prozent liegt. Infolge dieser Entwicklung erreicht die Verschuldung der Landwirtschaft mit der erscheidenden Summe von 12,5 Milliarden Mark mehr als 4 Fünftel der Vorkriegsverschuldung. Ihr besonders ernstes Gesicht erhält sie durch die Kurzfristigkeit der personellen Schulden und die ungeheure Zinsenlast, die mit etwa 850 Millionen Mark jährlich annähernd 440 Mark je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ergibt und außer jedem Verhältnis zu den heute möglichen Betriebsergebnissen steht, also zwangsläufig zu immer weiterer Verschuldung führt. Es gilt nunmehr, die schwebende Schuld zu konsolidieren, und zwar zu tragbar Zinsfüßen, die im angemessenen Verhältnis zu dem erreichbaren Maß der landwirtschaftlichen Rentabilität stehen. Die zweite große Aufgabe ist eine gesunde Handelspolitik, die die Disparität des Zollniveaus für landwirtschaftliche Produkte und für Industriewaren beseitigt. Solange fast überall in der Welt die Erhöhung der Zollmannern fortschreitet, können wir als schwerbelasteter Schuldnerstaat nicht andere Wege einschlagen. Wir müssen stets die volkswirtschaftlichen Werte, die die immer nur beengte mögliche Steigerung des Exportes bringt in Vergleichsätzen zu den Schäden die landwirtschaftliche Konzeption der deutschen Gesamtproduktion bringen. Neben der Ordnung der Kreditverhältnisse und einer gesunden Handelspolitik besteht die dritte große Aufgabe in der energischen Selbsthilfe der Landwirtschaft; sie muß durch Vertiefung der Ackerkrume und gesteigerte Wirtschaftsergie aus dem deutschen Boden das Beste herauszuholen, was herauszuholen ist. Durch Maßnahmen kraftvoller Selbsthilfe erwirbt die Landwirtschaft den moralischen Anspruch auf Hilfe durch die Gesamtheit dort, wo ihre eigene Kraft ver-  
gagt.

## Deutscher Reichstag

Aus dem Haushaltsausschuss des Reichstages.

Berlin, 28. Nov. In der weiteren Aussprache des Haushaltsausschusses des Reichstages erklärte Ministerialdirektor Dr. Lohholz, daß die Frage des Einbaues der Ministerialzulagen zurzeit noch nicht spruchreif sei. Die Reichsregierung wolle in dieser Frage mit der preussischen Regierung konform gehen, da es nicht angängig sei, daß die Ministerialbeamten der Reichsressorts womöglich schlechter behandelt werden als die der preussischen Ministerien. Auf Bezügen teilte der preussische Ministerialdirektor Dr. Beyhe mit, daß nach der gestern beendeten ersten Lesung der Besoldungsvorlage in Preußen wesentliche Änderungen an der preussischen Regierungsvorlage nicht vorgenommen worden seien. Die Regierungsparteien haben inzwischen im Ausschuss Anträge eingebracht, die die Stellen-

zulage durch Schaffung einer neuen Gruppe 2 b beseitigen soll.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages beendete die Aussprache über die Besoldungsgruppe 2 und stimmte den Anträgen der Regierungsparteien zu, die Stellenzulagen zu beseitigen und eine neue Gruppe zu schaffen, in die gestellt werden unter anderem alle Ministerial-Bürodirektoren, Oberregierungsräte, Legationsräte erster Klasse beim Auswärtigen Amt usw. Auch die Gruppen 2 und 3 wurden vom Ausschuss genehmigt.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages hatte damit bis auf einige zurückgestellte Teile die Besoldungsordnung A erledigt und ging dann zur Besprechung des Teiles B der Besoldungsordnung über, bei dem es sich um die „festen Gehälter“ handelt. Von demokratischer Seite wurde unter anderem die Höherstellung des Reichsgerichtes und des Präsidenten der Deutschen Seewarte gefordert. Von deutsch-nationaler Seite wurde ferner gefragt, nach welchen Grundsätzen die Präsidenten der Landesfinanzämter und der Oberpostdirektion eingereiht seien. Auf eine Frage, ob es rechtlich möglich sei, die Präsidenten der Landesarbeitsämter in die Gehaltsordnung aufzunehmen, erwiderte Ministerialdirektor Dr. Lohholz, daß die Organisation der Reichsarbeitsverwaltung ein besonderer Selbstverwaltungskörper sei. Nach dem Gesetz seien die Personen, die in den Dienst einer Reichsanstalt treten, nur mittelbare Reichsbeamte. Es würde sich empfehlen, die Wünsche des Reichstages, der anscheinend seinen Einfluß auf den Aufbau und die Organisation des Selbstverwaltungskörpers verstärken wolle, in einer Entschliessung näher zu präzisieren und dann der Reichsregierung eine klare Unterlage zur Stellungnahme zu liefern.

## Die Reichseinnahmen und Ausgaben

in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1927.

Berlin, 28. Nov. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht über die Reichseinnahmen und Ausgaben in den Monaten April bis September des Rechnungsjahres 1927. Danach betragen die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes im ersten Halbjahr 1927 4 322 Mill. Reichsmark, also ungefähr die Hälfte des reinen Haushaltsjolls von 8 650 Millionen Reichsmark. Beide Zahlen lassen sich aber nicht ohne weiteres miteinander vergleichen. Es fehlen in den ausgewiesenen Einnahmen zwei wichtige Posten, die in den etatsmäßigen Einnahmen enthalten sind: a) der Ueberschuss des Jahres 1926 mit 109,5 Millionen Reichsmark, b) die Rücküberweisung aus dem Betriebsmittelfonds mit 190 Millionen Reichsmark, zusammen 399,5 Millionen Reichsmark, die erst am Jahres-schluss je in einer Summe umgebucht werden.

Rechnet man hiervon die Hälfte den ausgewiesenen Einnahmen des ersten Halbjahres hinzu, so ergibt sich eine Einnahme von 4 517 Millionen Reichsmark. Von den Einnahmen haben die Steuern, Zölle und Abgaben gegenüber der Hälfte des Jahresjolls 240 Millionen Reichsmark mehr erbracht. Man kann auf Grund des Rechnungsergebnisses für das erste Halbjahr und den Monat Oktober bei den Einnahmen für das ganze Jahr mit einem mehr von 300 bis 350 Millionen zugunsten des Reiches rechnen.

Bei den Ausgaben beträgt das Gesamtsoll einschließlich der aus 1926 übertragenen Reste 9082 Millionen für ein halbes Jahr, mithin 4541 Millionen. Die bisher im ersten Halbjahr geleisteten Ausgaben betragen demgegenüber nur 4112,3 Millionen, bleiben also hinter dem Soll erheblich zurück.

Die Ueberweisungen an die Länder bleiben mit 1358,8 Millionen hinter dem Halbjahresjoll (1446,5 Millionen) um rund 88 Millionen zurück. Das hängt damit zusammen, daß die Ueberweisungen erst abgerechnet werden können, wenn das tatsächliche Monatsaufkommen feststeht.

Die während des Jahres ungefähr gleichlaufenden Ausgaben für Besoldung, Pensionen und Kriegsbeschädigtenrenten entsprechen mit 1107,5 Millionen fast genau dem Halbjahresjoll (1105,5 Millionen). Die durch die bevorstehende Besoldungsregelung im zweiten Halbjahr eintretende Mehrbelastung drückt sich in diesen Zahlen noch nicht aus. Bei den Ausgaben für Sozialversicherung bleiben die Anforderungen im ersten Halbjahr um rund 30 Millionen hinter dem Halbjahresjoll zurück.

Für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge sieht der Haushaltsjoll für 1927 450 Millionen vor. Ausgegeben sind im ersten Halbjahr infolge der günstigen Entwicklung des Ar-

beitsmarktes nur rund 122 Millionen. Nach dem am 1. Oktober 1927 das Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft getreten ist, hat das Reich von da ab nur die Krisenfürsorge und die im Etat als Grundstock für die Versicherung vorgesehene Summe zu tragen. Diese Ausgaben werden für das zweite Halbjahr ungefähr die gleiche Summe wie im ersten Halbjahr erreichen, so daß hier mit einer Gesamtsjahresbelastung von etwa 250 Millionen und mithin mit einer Ersparnis von rund 200 Millionen gerechnet werden kann.

Bei den tatsächlichen Ausgaben für Heer, Marine und beim Verkehrswesen bleiben die Anforderungen im ersten Halbjahr ebenfalls zum Teil stark hinter dem Halbjahresjoll zurück. Sehr stark hinter dem Halbjahresjoll bleiben auch die Ausgaben für den Schuldendienst zurück. Nennenswerte Ersparnisse sind bei dieser Position aber nicht zu erwarten. An Reparationszahlungen sind für den Rest des Jahres noch rund 419 Millionen Reichsmark zu leisten, so daß hier zusammen mit den bereits gezahlten rund 412 Millionen das Haushaltsjoll erfüllt werden wird.

Im ganzen genommen, läßt das bisherige Ergebnis erkennen, daß auf der Einnahmeseite etwa 300 bis 350 Millionen mehr aufkommen werden und auf der Ausgaben-seite eine Ersparnis von etwa 200 Millionen eintreten wird. Dieser Verbesserung von rund 500 bis 550 Millionen stehen erhebliche im Nachtragshaushalt zu berücksichtigende Mehrausgaben für Erhöhung der Besoldung, Pensionen, Kriegsbeschädigtenrenten, ferner für Liquidationsschuldigkeiten, für Hochwasserschäden und andere gegenüber.

## Die amtliche Großhandelsziffer vom 23. November 1927

Berlin, 28. Nov. Die auf den Stichtag des 23. November errechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche um 0,4 vom Hundert von 140,3 auf 140,9 gestiegen. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer für Agrarstoffe um 1,0 vom Hundert auf 139,1 (137,7) angezogen. Die Indexziffer für Kolonialwaren ist um 0,5 vom Hundert auf 132,5 (133,2) zurückgegangen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren hat sich um 0,1 vom Hundert auf 134,2 (134,1), diejenige der industriellen Fertigwaren um 0,1 vom Hundert auf 155,0 (154,8) erhöht.

## Ein Antrag zu Gunsten französischer Weine.

Von Weinbauern wird uns geschrieben: In der Zeit vom 10. Januar 1925 bis 5. September 1927 (Zurücktreten des deutsch-französischen Handelsvertrages) wurden aus rein spekulativen Gründen erhebliche Mengen französische Weine nach Deutschland eingeführt, die nun teilweise noch unverzollt auf Zoll-Lager liegen und nur in dem autonomen Zoll-fach verzollt werden können, weil der deutsch-französische Handelsvertrag die Weineinfuhr aus Frankreich bis zum 15. Dezember 1928 noch kontingentiert hat. Der Weineinfuhrhandel fordert seit Inkrafttreten des deutsch-französischen Handelsvertrages unaufhörlich die Freigabe dieser Weine zu dem Vertragszollfusse, angeblich aus Billigkeitsgründen. Die Reichsregierung hat sich den an sie gerichteten diesbezüglichen Anträgen gegenüber bisher hilflos verhalten. Sie wird ihre guten Gründe dafür haben. Jetzt haben die Hansafäden im Reichsrat einen Initiativ-antrag eingebracht, wonach die Reichsregierung auf dem Wege der Verordnung bestimmen soll, daß für die etwa 94 000 Doppelzentner betragende Menge Weine die gleichen Zollfusse gelten sollen, wie sie für das im deutsch-französischen Handelsvertrag vereinbarte Weinfkontingent festgesetzt werden. Daß dieser Antrag von den Hansafäden eingebracht wurde, braucht weiter nicht zu verwundern, handelt es sich doch fast ausschließlich um Weinhandelsfirmen, die in den Hansafäden anständig sind.

Aber darüber muß man sehr erstaunt sein, daß sich die preussische Regierung, die sonst immer ihre Weinbauernfreundschaft betont, heilt, ihre Zustimmung zu diesem Antrag zu verkünden, weil eine Schädigung des Weinbaus durch diese Maßnahme nicht eintritt. Ja warum hat man dann unter gewissen Opfern an Frankreich nochmals ein Kontingent herausgehandelt, wenn man jetzt über dieses Kontingent hinaus noch andere ganz erhebliche Mengen Wein, die rein spekulativ erworben wurden, hereinläßt? Das Kontingent wurde doch im deutsch-französischen Handelsvertrag festgesetzt, um dem deutschen Weinbau noch eine kurze Atempause zur wirtschaftlichen Erholung zu gönnen. Es ist sonderbar, welche kurzes Gedächtnis manchmal selbst Regierungen haben. Es muß auch merkwürdig erscheinen, daß in einer Zeit, in der alle Welt von Spargamkeit in den Haushalten der Länder redet, ohne Bedenken auf die erhöhten Einnahmen, die eine Verzollung jener Weine zu den autonomen Zinsen ergeben würde, verzichtet werden soll. Es wäre interessant, zu sehen, welche Haltung Bayern, Hessen, Baden und Württemberg im Reichsrat in dieser Frage einnehmen würden.

## „Kriegspanik“ in England.

Die Defensiv der Regierung.

Am 16. November fand im Oberhaus eine grundlegende Debatte über die britische Friedenspolitik statt. Die Bedeutung dieser Aussprache ist vor allem in ihrem symptomatischen Charakter zu erblicken. Völkerbundsenthusiasten wie Lord Parmoor und Lord Cecil kreuzten hier die Rängen mit der konservativen Regierung, die mehr realpolitisch dem Völkerbund als Friedensstifter skeptisch gegenübersteht, jedenfalls die eigene nationale Freiheit und außenpolitische Verantwortung nicht unter den Schutz eines übermächtigen, überstaatlichen Völkergremiums stellen will. Lord Balfour sowohl wie der Nachfolger Lord Cecil in Genf, Mac Neill, erkannten die Dreieinigkeit, Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung als Mittel der Friedenssicherung wohl an, aber sie dachten sich unter diesen Begriffen doch etwas anderes, als die Opposition der Linken es zu tun vorgibt.

In der Tat hat sich seit dem Fehlschlag der Genfer Seebärüstungskonferenz, der Abrüstungsverhandlungen überhaupt, und seit der Septembertagung des Völkerbundes in England das Gefühl durchgesetzt, die Regierung tue nicht genug für den Frieden,

Die sabotiere die Abriistung und den Schiedsgerichtsgebanken. Die staatsmannisch kluge, aufrechte und inmitten eines Dunstes von Phrasen und Lüge ehrliche Haltung Chamberlains in Genf, seine Ablehnung der polnisch-französischen Machenschaften im Sinne eines Offloarinos und des Genfer Protokolls wird ihm von seinen Gegnern der Linken nicht verziehen. Als ob man, wie einst die Ritter in Montsalvage den lebenspendenden Orakel, so in der Bundeslade des Palais des Nations das unfehlbare Mittel gegen den Krieg aufbewahre, und als ob es genüge, in letzten Lebensfragen der Nationen den Völkerbund zum obersten Richter einzusetzen und den Krieg für ungeschicklich zu erklären, um plötzlich aus Menschen Engel zu machen und alle völkermordenden Ungeheimlichkeiten der Pariser Weltkarta von 1919 wie mit einem Zauberstrich fortzuwischen! Wir können wohl verstehen, wenn Macdonald und seine Parteigenossen eifrig an solche Zauberwörter glauben. Wenn aber Männer wie der bekannte Schriftsteller Wells der einst in Crew House so erfolgreich tätig war, und gar Lloyd George, der Schöpfer der knock-out-Politik und Mitverantwortlicher für die heutige Weltlage, in bildreicher Sprache ihren politischen Gegnern das zum Vorwurf machen, was sie selbst zu tun unterlassen haben, so muß man darin ein demagogisches Mittel sehen, die kommenden Wahlen für sich zu gestalten.

Wir haben gewiß keinen Grund, die konservative englische Außenpolitik zu verteidigen, glauben auch, daß eine aktive Abrüstungspolitik, die sich, wie wir wiederholt an dieser Stelle gezeigt, von allen Völkern und Schiedsgerichtsproblemen völlig unabhängig halten kann, vielleicht schon dazu beigetragen hätte, den toten Punkt in Genf zu überwinden. Der Weg aber, wie er mit dem überstaatlich souveränen Völkerbund und obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit von Frankreich und seinen Vasallen als Weg zum Frieden vorgezeichnet wird, ist für ein freies Volk, auch ohne die Ablehnung eines Teiles seiner Gruppen, nicht beschreibbar. Auch die heutige Opposition in England ist sich dessen wohl bewußt und benützt ihn nur, solange sie keine Verantwortung trägt, als billigen Köder zum Wählerfang. Die Tatsache aber ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß heute fast ganz England von einer beinahe krankhaften Kriegsgespinnstese geschüttelt wird, und daß die Gegner der Regierung diese Furcht geschickt ausnützen, die Regierung in eine immer hoffnungslosere Defensive zu drängen.

Als verzweifelte Abwehr wird man es daher werten müssen, wenn jetzt die Rechte zu demselben zugräftigen Mittel ihrer Gegner greift und wetteifernd mit der Linken, die Friedensparole als Banner aufpflanzt. So wird man die viel beachtete Rede der Feldmarschalls Sir William Robertson in Lincoln in erster Linie einzuschätzen haben, der den Krieg als ungezügelter Methode internationale Schwierigkeiten zu beseitigen, brandmarkte. So auch wird man sich erklären können, wenn ausgesprochene Heißblätter wie „Daily Mail“, „Evening News“, „Evening Standard“ und vor allem der „John Bull“, das frühere Leibblatt Horatio Bottomleys neuerdings die pazifistische Flöte blasen. So auch, wenn der „Sunday Pictorial“, das Sonntagsblatt Lord Rothemeres, schreibt: „Verabscheuen und verachten wir die Deutschen heute noch? Im Gegenteil, wir anerkennen sie als eine ausgezeichnete fortschrittliche Macht, die selbst mancher der Nationen weit überlegen ist, die während des Weltkrieges unsere Sympathien genossen.“ Und die konservative „Sunday Times“ schreibt: „Das britische Volk wird sich mit keiner Rolle untätiger Neutralität und Gleichgültigkeit vor und während der herausragenden Katastrophe zufrieden geben. Es verlangt, daß aktive Vorbeugungsmaßregeln getroffen werden und zwar rechtzeitig.“ Muß man diese Zeilen nicht als einen Wink nach Rom und Paris ansehen, die rollenden Würfel noch schnell im Becher aufzufangen?

Die stärkste Geste aber wird von der so viel geschmähten Admiraltät selbst nach Washington gemacht. Das Bauprogramm des nächsten Jahres stellt zwei Kreuzerbauten, einen großen 10 000-Tonnen-Kreuzer und einen kleineren 8000-Tonnen-Kreuzer zurück in der Hoffnung, die verärgerte Genfer Atmosphäre damit reinigen zu können, und sicherlich in dem Bewußtsein, den Männern in Downingstreet damit eine bessere Note im Lande zu verschaffen. So, als eine Geste, hat Amerika die Sache auch aufgefaßt — und baut ruhig weiter. Von geradezu erstaunlicher Verschwendungssucht in der Preisgabe allgeheiligster Prinzipien aber ist ein pseudonim gezeichneten Artikel der „Sunday Times“, der Amerika Englands Seebereitschaft zum Opfer bringen will, wenn die Vereinigten Staaten als Gegenleistung den englischen Handel zu schonen versprechen. Es ist vorerst eine unverantwortliche Anregung, ein Fühler, und wir glauben kaum, daß er in Washington auf übergroße Gegenliebe stößt. In den Rahmen der aus läppigem Füllhorn gestreuten Gaben zur Verbesserung der innerpolitischen Position der Regierung aber paßt auch das. Wenn es nur nicht schon gar so spät käme!

## Durchlaucht-Frau Gildenwerth

### ROMAN VON FRED NELIUS

Da sie Zieten nicht beachtete, mahnte Hohenastenberg: „Der Herr Rittmeister möchte dir seine Reverenz erweisen, Christa.“

Unter dem Zwange seiner Stimme hob sie ein wenig ihre Hand. Zieten konnte die weiße Haut nur flüchtig streifen; als er sich zum Handfuß beugen wollte, wendete sich die Kranke voll Angst und Abscheu ab.

Der Diener servierte Suppe. Die Stimmung der drei Tischteilnehmer war bekommen. Der Herzog sprach heute wenig. Die Herzogin war auffallend erregt. Die Hände zitterten und hasteten nervös von einem Gegenstand zum anderen. Ihre Augen starrten unstill hin und her. Bald suchten sie den Blick von Hohenastenberg, bald verfolgten sie die Handreichungen des Dieners, bald lagen sie in geheimnisvoller Angst auf Zieten.

Als die Suppe abgegessen war, goß der Diener Weißwein in geschliffene Römer. Der Herzog hob sein Glas. Er sah die Kranke an und neigte es vor ihr. Im geschliffenen Augenblick schrie die junge Frau wie unter einem Schlag auf. Sie nahm das Weinglas, goß den Inhalt auf den Teppich und warf den Römer scherbenklirrend in die Ecke. Dann ein Ausbruch, der an Grauen nicht zu überbieten war. Als der Herzog auffand, um sie an dem Handgelenk zu packen, klaffte, geister und biß die Kranke um sich wie ein toller Hund. Welcher Schaum trat vor die blauen Lippen. Sie erstarrte jäh zu einem blauen Leichnam. Dann Schreie wie aus einer andern Welt.

Auf einen Wink des Herzogs hatten Zieten und der Diener die Lobende gepackt. Hohenastenberg preßte die von rückwärts unter beiden Frauenarmen durchgeschobenen Hände gegen ihren Mund. Das Schreien und die rasenden Bewegungen ließen nach. Starrsücht trat an ihre Stelle. Wie eine tote trugen die drei Männer die Herzogin nach oben in den ersten Stock.

„Sie warten unten.“ hatte Hohenastenberg gesagt, als die alte Kammerfrau gerufen war und Zieten gehen wollte. „Franz serviert das Essen weiter. Ich muß Sie sprechen.“

## Frankreich wacht auf.

Die Gefahren des neuen Albanienvertrages.

Paris, 26. Nov. Erst jetzt beginnt die Pariser Presse wegen des neuen italienisch-albanischen Vertrags Alarm zu schlagen. Der Vertrag habe eine glatte Kriegsgefahr, schreibt die *Ere Nouvelle*. Er ist mit deutlicher Absicht auf einen Krieg abgegeschlossen worden und entspricht in keiner Weise den Interessen Europas. Selbst Bertinog im *Echo de Paris* bezeichnet den neuen *Ti ana*-Vertrag als Kriegsalarms. Mussolini wolle in endgültiger Form beweisen, schreibt er, daß Albanien italienisches Protektorat sei. Es sei eine Ausföhlung zwischen Rom und Belgrad unmöglich. Das albanische Problem, das 1914 schon Europa in den Krieg gestürzt habe, bedrohe den Frieden erneut. Es sei ein Skandal, daß schon 10 Jahre nach dem großen Blutbad wieder von Krieg die Rede sei. Aber die Hauptverantwortung für diese gefährliche Entwicklung falle dem englischen Kabinett zu, das allein imstande sei und daher die Pflicht habe, Italien zurückzuhalten. St. Price im *Journal* erklärt, Mussolinis Vertrag mit Albanien, der die sonderbare elastische Formel enthalte, daß allein schon eine Kriegsgefahr Italiens Eingreifen rechtfertige, laufe offensichtlich dem Geist und dem Buchstaben des Völkerbundspaktes zuwider. Europa sei in die schlimmste Verwirrung gestürzt. Vielleicht könnten noch Mittel helfen, wie eine offene rückhaltlose Aussprache zwischen Frankreich und Italien.

## Der Wortbruch der Alliierten.

Das Abrüstungsversprechen an Deutschland.

London, 26. Nov. Lloyd George hat schon früher sein Erstaunen darüber ausgesprochen, daß die Deutschen ihre Forderung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung immer nur auf die wenigen einleitenden Worte zum Teil 5 des Versailleser Vertrages gründen; anstatt auf den viel ausgesprochenen Begleitbrief, den die Häupter der alliierten Regierungen damals an die deutsche Regierung richteten. Da die meisten Leute diesen Brief ganz vergessen haben, hielt er es offenbar für angezeigt, in seiner Rede im Unterhaus an ihn zu erinnern. Wir lassen die betreffende Stelle der Rede folgen, die im Bericht der „Times“ steht: „Indem die alliierten Mächte Deutschland die Abrüstungsbestimmungen auferlegten, die unbarmherzigsten Abrüstungsbestimmungen seit den Tagen Karthagos, sandten sie Deutschland folgenden Brief: „Die alliierten und assoziierten Mächte wünschten es klar zu machen, daß ihre Forderungen bezüglich der deutschen Abrüstung nicht bloß zu dem Zweck gemacht worden sind, um Deutschland die Wiederaufnahme seiner Politik militärischer Aggression unmöglich zu machen. Sie sind zugleich der erste Schritt zu einer allgemeinen Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen, welche sie als eines der fruchtbarsten Präventivmittel gegen Kriege erblickten, und deren Forderung eine der ersten Pflichten des Völkerbundes sein wird.“ Lloyd George fügte hinzu: „Das ist ein sehr bestimmtes und sehr feierliches Versprechen. Es ist ein Versprechen, auf dessen Grundlage der Vertrag unterzeichnet wurde, und es ist nicht gehalten worden.“

## Der Marsch auf Berlin.

Ein unerfüllter Wunsch General Mordacs.

Paris, 25. Nov. Vor einigen Tagen hat die Zeitung „Paris Midi“ eine Unterredung mitgeteilt, die Marschall Foch mit einem Unbekannten gehabt haben soll und in deren Verlauf er erklärte, die Engländer seien es gewesen, die den Vormarsch des französischen Heeres über die französische Grenze verhindert hätten. Heute kommt der Kabinettschef Clemenceau, General Mordacq, der sich durch seine Tätigkeit in Frankfurt a. M. und in Wiesbaden in Deutschland so „rühmlich“ bekannt gemacht hat, zu Wort; er glaubt, einiges aus den Verhandlungen, die damals geführt wurden, ausplaudern zu können. Alle Welt auf Seiten der Alliierten habe den Waffenstillstand schließen wollen, aber sie hätten gewisse Zweifel gehabt und noch am 10. November vormittags habe Clemenceau erklärt, man müsse wissen, welche Regierung Erzberger eigentlich vertrete. Er, General Mordacq und ein amerikanischer General hätten eine andere Meinung vertreten. Der amerikanische General habe noch Ruhm für sein neues Heer sammeln wollen und sei deshalb für eine strategische Operation in Lothringen eingetreten. Die Engländer seien am stärksten für den Waffenstillstand gewesen, da die Armee Haig sehr stark mitgenommen gewesen sei. Mordacq gibt übrigens auch zu, daß wegen der Waffenstillstandsverhandlungen starke Auseinandersetzungen innerhalb der Alliierten stattgefunden hätten, daß aber schließlich die französische Ansicht den Sieg davongetragen habe. Er erklärt ausdrücklich, daß die Engländer mildere Bedingungen vorgeschlagen hätten. Schließlich plaudert der ehemalige Kabinettschef Clemenceau aus, daß damals im November erwünscht der Marsch nach Berlin erörtert worden sei und daß er ihn für durchführbar gehalten habe. Hierüber will der schreibselige General demnächst etwas veröffentlichen.

Er kam bald nach. „Ich habe den Arzt telephonisch herbeordert. Seien Sie so gütig und leisten Sie mir Gesellschaft, bis er kommt.“ Er trank hastig ein Glas Wein. Den Diener, der den Braten aufgetragen hatte, wies er aus dem Zimmer. Hohenastenberg schlang ein paar Bissen hinunter. Dann sprang er auf und ging wie ein Löwe, der im Käfig steckt, auf kurzer Strecke hin und her. Die Augen voll düstergrauer Blut.

„Parania...“ sagte er. „Blattweg Verriätheit. Sie entsinnen sich unseres Gesprächs vor einiger Zeit. Im Orient die Frauen zufrieden, gesund, fett und rechtlos... hier unter unserer angeblich höheren Gesittung hysterisch, gemütskrank und gefährlich. Heute der Beweis. Man hätte es nicht so weit kommen lassen dürfen.“

Die Phantastie malte vor Zietens Augen die weiße Seidenhaut der Herzogin mit den blutunterlaufenen Würgemalen und der roten Strieme eines Peitschenhiebes.

„Belastung kommt hinzu...“ fuhr der Herzog fort. „Die Mutter meiner Frau verfiel nach dem Tode ihres einzigen Sohnes in jahrelange Schwermut. Bald danach wurde meine Frau geboren. Der Großvater mittelmäßig zog sich vor der Ehe als junger Herrenreiter durch Sturz beim Rennen eine schwere Pachymeningitis zu. Meine Frau selbst hat in ihrer Jugend eine typische Krankheit durchgemacht. Das ist der Boden, auf dem die Krankheit sich entwickeln konnte. Sie haben das letzte Stadium der Entwicklung ja stellenweise mit verfolgt. Ich lege auf Ihr Zeugnis Wert. Darf ich mich gegebenenfalls darauf berufen?“

Es klopfte. Der Diener meldete den Arzt. Hohenastenberg blieb stehen. „Ich komme.“ Er wandte sich zu Zieten. „Entschuldigung also. Unser letztes Zusammensein vor dem Weihnachtsfest klingt trübe aus. Ich komme auf meine eben ausgesprochene Bitte wahrscheinlich bald zurück. Wir sehen uns nach Neujahr. Inzwischen frohe Fahrt ins Mutterhaus.“

Zieten nahm widerwillig des Herzogs ausgestreckte Hand. Er verbeugte sich... steif... kühl... wortlos

Und dann war Jürgen wieder bei den Seinen. Alles war wie stets daheim am Weihnachtstage. Muttmchen und Liesel sind glücklich, Jürgen zu umforgen. Sie haben hundert wich-

## „Die Schweiz als Durchmarschland.“

Der „Schwäb. Merkur“ veröffentlicht in der Nummer vom 20. Nov. einen beachtenswerten Aufsatz „Die Schweiz als Durchmarschland“ von gut informierter Schweizer Seite. Man weiß in der Schweiz, daß Frankreich mit der Wahrscheinlichkeit eines Krieges gegen Italien rechnet und daß man entsprechende Vorkehrungen trifft. Und wie zu Beginn des Weltkrieges die starke französische Offfront die Umgehung durch Belgien forderte, so im Falle eines italienisch-französischen Krieges die schon von Natur aus sehr starke italienische Westfront eine Umgehung durch die Schweiz. Vorbereitungen zu einer solchen Umgehung, die im belgischen Falle den Deutschen so sehr verübelt wurde, kann man bereits feststellen. Schon bei den Versailleser Verhandlungen setzte Frankreich durch, daß die Neutralität Hochanovens, die eine Art Bollwerk gegen einen französischen Einfall war, aufgehoben wurde. Der französische Generalstab trat ganz offen für ein Durchzugsrecht durch die Schweiz ein und wollte dieser Forderung auch bereits die Tat folgen lassen, als 1920 französische Truppen nach Wilna transportiert wurden. Aber auch Italien ist nicht untätig. Die in letzter Zeit bis an die Schweizer Grenze durchgeführten Autostraßen, die von Militär gebaut wurden, geben zu denken. Die Straße durch das Antigorio- und Formazzotal, die jetzt fertiggestellt ist, zielt direkt auf die schweizerische Zentralfestung (Gotthard). Durch diese Vorbereitungen gegen einen befürchteten französischen Einfall durch die Schweiz (Italiens Grenze gegen die Schweiz ist bedeutend schwächer als die gegen Frankreich) hofft Italien den Franzosen zuvorkommen zu können. Die Schweiz wird aber alles daran setzen, ihre Neutralität zu wahren und aus eigener Kraft — nicht mit der imaginären Hilfe des Völkerbundes — jede fremde Invasion abzuwehren.

## Schurman über Deutschland.

Newyork, 26. Nov. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman, erklärte bei seiner Ankunft in Newyork auf eine Bemerkung hin, daß der letzte Bericht Parker Gilberts den Verkauf deutscher Bonds beeinträchtigt, auf Grund seiner eigenen Beobachtungen könne er sagen, daß Deutschland im wesentlichen seine Auslandsanleihen mit großem Vorteil verwandt habe und fügte hinzu: Die deutschen Stadtanleihen finden vielfach ihre Rechtfertigung in dem weiteren Aufgabenkreis der Städte, was man in Amerika zuweilen übersieht. Die Anleihen wurden Deutschland nicht von den Bankiers aufgezwängt. Selbst die Kritiker in Deutschland wagen nicht zu behaupten, daß die Mehrheit der Anleihen verschwendet wurde. Eine Kontroverse gibt es in Deutschland selbst. Eine Minderheit erklärt dort, daß zu viel Anleihen ausgenommen worden seien, während die Mehrheit die Vorteile der Auslandsanleihen hervorhebt. Dr. Göttsche einer deutsch-russischen Militärkonvention ist ein Forderungspunkt aus der Nachkriegszeit. Der Vertrag von Locarno beweist, daß Deutschland auch mit den Westmächten in Frieden leben will. Deutschland will seine Probleme friedlich lösen. Was die Reparationszahlungen betrifft, so muß die Zukunft auf Grund der Vergangenheit beurteilt werden. In der Vergangenheit hat Deutschland seine Verpflichtungen voll und pünktlich erfüllt. Es ist entschlossen, in der Zukunft sein Möglichstes zu leisten. Ebenfalls gibt es keine Probleme, die nicht friedlich gelöst werden können, sofern Bereitschaft zur Verständigung und Verständnis auf beiden Seiten vorhanden sind. Der Botschafter hob nochmals die Verbesserung der deutschen Wirtschaftslage hervor, die infolge der amerikanischen Anleihen möglich geworden sei und erklärte, besonders sei das Wiederaufleben der deutschen Schifffahrt und die Erziehung der verlorenen Schiffe erstaunlich.

## Seipel beruhigt.

Wien, 26. Nov. Auf die Rede Dr. Kenners im Haushaltsausschuß des Nationalrates erwiderte Bundeskanzler Dr. Seipel in beruhigender Form und gab dabei in seiner Erwidernung u. a. folgende Erklärung ab: „Mit Recht habe Dr. Kenner darauf hingewiesen, daß die Beziehungen zu den Nachbarländern Oesterreichs die größte Aufmerksamkeit erforderten. Immer wieder würde von den Räumern die Frage gestellt, ob die italienisch-jüdische Vereinbarung von Einfluß auf die Verhältnisse in Oesterreich sei. Zu verstehen sei, daß bei der Bevölkerung der Grenzbezirke Beunruhigung herrsche, doch glaube er versichern zu können, daß eine Gefahr für Oesterreich im Augenblick nicht bestehe. Vor allem sei dem Bejornis um das Burgenland nicht am Plage. Zu dem Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland übergehend, erklärte Dr. Seipel, daß das Verhältnis der beiden Länder zueinander eng und gut sei. Bei dem Besuch des deutschen Reichskanzlers und des Außenministers sei in allen Fragen, die die beiden Länder angehen, vollständige Uebereinstimmung festgestellt worden. Demnächst würden mit Deutschland Verhandlungen über eine weitere Verbesserung der Handelsbeziehungen beginnen. Auf das Verhältnis Oesterreichs zu Italien übergehend, wies Dr. Seipel darauf hin, daß die Lage der Deutschen, die italienische Staatsbürger seien, außerordentlich

tige Staatsaktionen. Der Weihnachtskarpfen und die Moßpflücker werden vorbereitet. Die Gans für den ersten Feiertag muß ausgenommen werden. Der letzte Kuchen wird gebacken. Liesel hat die Sorge um den Baum und Vorbereitungen, Bestellungen und Einkäufe für die abendliche Bescherung in dem Kopf.

Muttchen tat an diesem Tag, als hingen ganz gewaltige Dinge von dem Ausfall ihrer Kochkunst ab. Kein anderer macht es ihr nach ihrem Wunsch. Selbst die alte Anna wird heute nur für Handreichungen gelitten. Und Liesel, die sich nützlich machen will, flüchtet vor Muttchens Selbstherrlichkeit lachend aus der Küche.

So war Jürgen an diesem ersten Vormittag viel allein. Recht war ihm das — ach, gar zu recht. Er hatte Mühe, sich zu sich selbst zurückzufinden. Er nahm Hut und Mantel und wanderte hinaus. Am liebsten hätte er den Weg nach Sanssouci gewählt. Aber es taute. Ein dünner Regen rieselte vom Himmel. Der weiße Schnee hatte sich in grauen Matsch verwandelt, der sich an die Sitzesohlen ballte.

So lief er durch die Straßen Potsdams. Am Ravener Tor, dem Wilhelms- und Paradeplatz standen die Händler mit den Tannenbäumen. In den Geschäftsläden lagen zwischen Wattedeckeln und Tannengrün und Weihnachtslieder Geschenkartikel... Festleckerien aller Art und Süßigkeiten. Und eine geheimnisvolle, festesfrohe Geschäftigkeit und Emsigkeit waren überall. Und Tannennadelduft und Weihnachtskerzenduft hingen sich über alle Dinge. Und es war, als stängen schon in allen Ecken und in allen Menschenherzen in beglückendem Akkorde Weihnachtsglocken.

Schein... Trug und raffinierter Teufelspud. Zieten dachte des Schmerzensstöhners... der Todesqualen... der Sorgenmärtern, die auch heute Millionen Menschenherzen wie an jedem andern Tage durchzuden würden. Die Wahnsinnschreie einer blonden Frau gelitten unauffällig an sein Ohr. Und vor seinem Auge tanzten unheimlich schwarze Lettern... das Symbol des Schreckens, des Wahnsinns — allen Sachsen nach dem Namen wohlbekannt — der Sonnenstein.

Vielleicht schlossen sich die Tore dieser Seelengruft hinter der schönen Herzogin, wenn die Weihnachtsglocken die Jürgenmännchen von dem Frieden, der auf Erden käme, durch den Abend hallten.

schwierig sei. Zum Schluß seiner Erwiderung kündigte der Bundeskanzler eine verstärkte Tätigkeit Österreichs im Völkerbund an und sprach seine Absicht aus, bei wichtigen Anlässen selbst nach Genf zu gehen.

Es gibt nur einen Ausweg.

Dr. Kemner über die Lage Österreichs. Wien, 25. Nov. Im Finanzausschuß des Nationalrates hielt der sozialdemokratische Abgeordnete und frühere Bundeskanzler Dr. Kemner eine große Rede, in der er u. a. bemerkte, die loyale Haltung Österreichs gegenüber dem Völkerbund und den Siegerstaaten werde nicht immer mit dem gleichen Wohlwollen beantwortet.

Attentat auf den Bürgermeister von Wien

Wien, 28. Nov. Auf den Bürgermeister von Wien, Karl Seitz, wurde am Samstagabend gegen 11 1/2 Uhr, als er nach der Eröffnung des Schneepalastes in der Halle des ehemaligen Nordwestbahnhofes das Gebäude verließ und das Auto bestieg, von einem Mann ein Revolverattentat verübt.

Wien, 28. Nov. Der Herausgeber der Korrespondenz Herzog war Zeuge des Attentats auf den Bürgermeister Seitz. Er schildert den Vorgang folgendermaßen: Der Bürgermeister hatte nach der Eröffnung des Schneepalastes noch einen Moment in der Restauration Platz genommen und kurz darauf den Bahnhof verlassen, um sein Auto zu besteigen.

Zum Attentat auf den Bürgermeister Seitz

Wien, 28. Nov. In dem Attentat auf den Bürgermeister Seitz erfährt die Telegraphen-Union noch: Der Attentäter ist der 1904 in Temesvar geborene arbeitslose Elektrotechniker Strebingner.

Ruhe in Kowno

Riga, 28. Nov. Die hier hartnäckig umlaufenden Gerüchte über einen Sturz der Woldemaras-Regierung und einen Putsch in Kowno haben sich als unbegründet erwiesen. Die einwandfrei feststeht, herrscht bis jetzt in Kowno Ruhe.

Der aus Rußland eingetroffene litauische Gesandte in Moskau teilt mit, daß Rußland alles tun werde, um Litauen zu schützen. Doch erwartet man hier, daß Rußland sich auf Protestnoten beschränken und selbst im Falle eines polnischen Angriffs nicht zum letzten Mittel des bewaffneten Einschreitens greifen werde.

Die Vertreter Englands und Frankreichs begaben sich in Automobilen aus Kowno nach Wilna. Man erwartet dadurch eine Entspannung der Lage. Die litauische Gesandtschaft bestätigt der „L.-U.“, daß die Gerüchte über Unruhen in Kowno ganz unbegründet seien.

Vor den Verhandlungen in Genf

Die sowjetrussische Delegation in Genf eingetroffen. Genf, 28. Nov. Die sowjetrussische Delegation für die vorbereitende Abrüstungskommission ist heute nachmittag kurz nach 5 Uhr in einem Salonwagen des Fahrplanmäßigen Schnellzuges Berlin-Basel-Genf hier eingetroffen.

Ein neues Völkerbundsmemorandum Litauens

Genf, 28. Nov. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein

längeres Schreiben gerichtet, in dem er Beschwerde über die von der polnischen Regierung in Litauen eingeleitete Presse-kampagne erhebt. Das Schreiben, das den Charakter eines eingehenden Memorandums trägt, enthält eine größere Anzahl von Daten und näheren Angaben über die polnische Presse-kampagne gegen Litauen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 28. Nov. (Liederkonzert.) Wir haben nun im Restaurant Stadtpark einen neu erbauten Saal mit räumlichen Verhältnissen, wie ihn die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens unserer Stadt längst erforderlich erscheinen ließ. Der geräumige Saal wird durch eine stattliche Empore und Seitenteile ergänzt. Das Ganze wirkt architektonisch einfach und außerordentlich günstig, es fehlt nur noch die Ausschmückung durch wohlthuende Farbenstimmung.

Sinsheim, 28. Nov. (Zwischensins und Aufwertungshypothek.) Werden bei einer Aufwertungshypothek die Zinsen nicht pünktlich bezahlt, so kann nach dem weiter geltenden Bedingungen der ursprünglichen Schuldurkunde vorzeitige Fälligkeit eintreten.

Sinsheim, 25. Nov. (Das Jahr 1928.) Das kommende Jahr ist ein Schaltjahr, schenkt uns 366 Tage und beginnt mit einem Sonntag. Der Osterfesttag fällt auf den 8. April, der Pfingstfesttag auf den 27. Mai, Christi Himmelfahrt auf den 17. Mai, der Ascensionstag auf den 22. Februar.

Sinsheim, 26. Nov. (Warnung vor französischen Werbem.) Ein 16 jähriger Mannheimer Mittelschüler ist, wie jetzt festgestellt wurde, wieder das Opfer eines Werbbers für die französische Fremdenlegion geworden.

Sinsheim, 26. Nov. (Gegen die Verlastung der Eisenbahnreisenden.) Wie aus einem Erlaß der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hervorgeht, ist in der letzten Zeit lebhaft geklagt worden über lästiges Betteln, Handeln, Musizieren usw. in den Zügen des Personenverkehrs.

Sinsheim, 26. Nov. (Der Kettenbriefenfug) ist zurzeit ansehend wieder lebhaft in Gang. Wir haben in den letzten Monaten mehrfach aus der Umgebung die Mitteilung erhalten, daß diese Briefe im Umlauf sind.

Neckarbischofsheim, 27. Nov. (Anlegen von Klebgürteln.) Die Gemeinde hat auf der hiesigen Gemarkung an 6520 Obstbäumen Klebgürteln anbringen lassen. Sie entspricht damit einer bezirkspolizeilichen Vorschrift.

Michelstadt, 27. Nov. (Kirchliches.) Die evangelische Kirchenregierung hat den Pfarrer Wihl. Niemensperger in Michelstadt zum Pfarrer in Hochstetten ernannt.

Stillingen, 27. Nov. (Verschiedenes.) Für den siebenten Sohn der Schuhmacher Gugholz Eheleute hat Reichspräsident von Hindenburg die Patenstelle übernommen. In seinem Namen wurde den Eltern ein Geldgeschenk überreicht.

Not, 26. Nov. (Vom Tabakgeschäft.) In den letzten Tagen setzte hier ein lebhaftes Geschäft in Tabak ein. Die Menge des verkauften Rohabakts beläuft sich auf etwa 3000 Ztr., wofür ein Durchschnittspreis von 60 Mk. pro Zentner bezahlt wurde.

Heidelberg, 26. Nov. (Ein Zusammenstoß.) Heute vormittag gegen 10 Uhr geriet auf dem Bismarckplatz ein Mannheimer Lastkraftwagen zwischen zwei in gleicher Richtung fahrende Züge von Nebenbahn und Straßenbahn.

Aus dem Odenwald, 26. Nov. (Die Holzarbeiten) in den einzelnen Gemeinde- und Privatwaldungen wurden fast überall ausgenommen. Als Arbeitslohn wird 1,90 bis 2,30 RM. pro Ster oder ein Viertel Wellen bezahlt.

Waldorf, 25. Nov. (Jugendliche Diebe.) Dieser Tage kam man einer siebenköpfigen, noch schulpflichtigen Diebesbande auf die Spur, die in verschiedenen Geschäften Rauchwaren und Lebensmittel entwendete.

Defingen bei Stockach, 23. Nov. (Der Sarg als Spielzeug.) Drei jüngere Leute trafen sich im Hause eines Schneiders und sahen da einen Sarg stehen. Daraus meinte der eine von ihnen, daß man darin sicher ganz gut liegen könnte und probierte es wirklich auch aus.

Heidelberg, 27. Nov. (Weinhändler Karl Ueberle gestorben.) Am Donnerstagabend starb im 66. Lebensjahr der Weinhändler Karl Ueberle, ein gebürtiger Heidelberger und eine bekannte Heidelberger Persönlichkeit.

Heidelberg, 27. Nov. (Zur Aufdeckung eines Reparationschwindels.) Zu der Meldung über die Aufdeckung eines Reparationschwindels wird weiter gemeldet, daß die Heidelberger Staatsanwaltschaft gegen den Heidelberger Kaufmann, der drei südpfälzische Bauunternehmer um Beträge von 3000 Mark geschädigt haben soll, eine Unternehmung eingeleitet hat.

Schweigen, 27. November. (Der Streit um den Hardtwald.) Unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Guldender (Mannheim) in Anwesenheit von Vertretern des Finanzministeriums sowie der Forstkämmer Heidelberg und Wiesloch fand in Schweigen eine Konferenz der Bürgermeister der sieben Hardtgemeinden über die Verteilung des Hardtwaldes statt.

Sillingen, Amt Durlach, 27. November. (Vom Auto überfahren.) Am Freitag wurde in der Hauptstraße die Volksschülerin Bertha Armbruster von einem Lastkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Das Kind trug eine Nierenquetschung und einige, nicht erhebliche Kopfverletzungen davon.

Freiburg, 27. Nov. (Herbstergebnis.) Ueber das Herbstergebnis im oberbadischen Weinbaugebiet wird von der Vereinigung bad. Weinhändler folgendes mitgeteilt: Der Menge nach war das Herbstergebnis ein außerordentlich kleines. Nach vorsichtigen Schätzungen wird angenommen werden dürfen, daß in dem umfangreichen Weinbaugebiet des Markgräberlandes nur ein Zehntel bis ein Sechstelherbst eingebracht wurde.

